Karin Maag

- (A) kenkassen aufs Spiel setzen. Auch würde das Werbeverbot entfallen.

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Lesen Sie doch bitte die Anträge von uns! – Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie berücksichtigen nur die Ärzteschaft! Ausschließliche!)

All das berücksichtigen Sie nicht. Aus all diesen Gründen bleibe ich dabei, dass die Rezeptpflicht für das Levonorgestrel, die bestehen bleiben muss, sicher der gute und richtige Weg ist.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Ich gebe der Kollegin Kordula Schulz-Asche das Wort zu einer Kurzintervention.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin Maag, ich habe mich zu einer Zwischenfrage gemeldet, und Sie sehen, dass Sie keine Zeit sparen, weil ich mich jetzt melde.

Ich möchte eine Anmerkung machen und Ihnen eine ganz konkrete Frage stellen. Sie haben gesagt, es sei letztendlich immer die Entscheidung des Arztes. Darin möchte ich Ihnen ausdrücklich widersprechen. Wir sprechen hier über einen Bereich – die Pille danach –, in dem es in erster Linie auf die Entscheidung der Frau ankommt.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN)

Es kommt darauf an, dass die Frau selber die Entscheidung gut und kompetent treffen kann. Dazu braucht sie Beratung; das wird nicht bestritten. Aber ich widerspreche ausdrücklich dem Eindruck, der von Ihrer Seite immer wieder versucht wird zu erwecken, dass mit der Aufhebung der Verschreibungspflicht jegliche Beratung entfällt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe mich gemeldet, weil Sie – das haben Sie zusammen mit dem Kollegen Spahn schon in einer Pressemitteilung unterstrichen – einen Zusammenhang zwischen der Verschreibungspflicht bzw. der Rezeptfreiheit der Pille danach und den Abtreibungsraten herstellen. Ich frage Sie: Können Sie einen solchen Zusammenhang beweisen? Geht die Abbruchrate in den Ländern, in denen die Verschreibungspflicht nicht mehr existiert, in die Höhe, oder ist der Bedarf an Familienplanungsberatung in vielen Ländern, in denen die Verschreibungspflicht nicht mehr existiert, viel größer, wie etwa in Frankreich, wo die Geburtenrate viel höher ist als in Deutschland?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das spricht dafür, dass die Aufklärung von Frauen über sexuelle Gesundheit und nicht eine Detailfrage, die in Notfällen zu klären ist, entscheidend ist. Entscheidend

ist, dass es eine vernünftige Beratung junger Mädchen und Frauen von der Schule an über das Elternhaus bis hin zur Jugendhilfe gibt.

(Beifall der Abg. Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie versuchen, auf einem Nebenschauplatz den Eindruck zu erwecken, mit der Pille danach werde abgetrieben. Diesen falschen Vorwurf lasse ich nicht stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN) – Jens Spahn [CDU/CSU]: Eine Unverschämtheit, was Sie da gesagt haben! Besser genau lesen, bevor man hier loslegt!

Vizepräsident Peter Hintze:

Liebe Kollegen, bleiben Sie entspannt.

Die Kollegin Maag muss nicht, darf aber antworten. – Sie möchte es. Frau Kollegin Maag.

Karin Maag (CDU/CSU):

Liebe Frau Kollegin Schulz-Asche, darauf möchte ich doch antworten. Meine erste Anmerkung ist: Ich habe von einer informierten Entscheidung gesprochen. Ich entscheide mich dann, wenn ich alle für eine Abwägung relevanten Inhalte kenne, wenn ich das Für und Wider einer Entscheidung kenne. Das will ich allen Frauen gewährleisten. Ich möchte keinen Schnellschuss, sondern dass die Frauen informiert entscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Meine zweite Anmerkung ist: Ihre Interpretation meiner Aussagen bzw. der Pressemitteilung von Herrn Spahn und mir weise ich entschieden zurück. Das ist absurd. Ich habe davon gesprochen, dass die Abtreibungsraten in Ländern, in denen die Pille danach – anders als bei uns – rezeptfrei erhältlich ist, gestiegen sind. Ich habe die entsprechende Statistik dabei und kann sie Ihnen gerne geben. Wenn Sie sie selber haben, dann weiß ich nicht, warum Sie Ihre Frage gestellt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Wer lesen kann, ist ganz klar im Vorteil!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Wir sind damit am Ende der Aussprache.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen auf den Drucksachen 18/303 und 18/492 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu überweisen. Ich frage das Plenum: Gibt es dazu andere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Monika Lazar, Volker Beck (Köln), Marianne Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vizepräsident Peter Hintze

(A) **Menschen- und Bürgerrechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender im Sport wahren**

Drucksache 18/494

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Es gibt dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat als erste Rednerin Kollegin Monika Lazar, Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Olympischen Spiele in Sotschi sind in diesen Tagen im Fokus der Weltöffentlichkeit. Dabei wird besonders bei den Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern deutlich: Es herrscht ein himmelweiter Unterschied zwischen den hehren Zielen der olympischen Bewegung, die in der Charta jede Form von Diskriminierung verbietet, und den tatsächlichen Zuständen in Russland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort werden LGBT mit dem im letzten Jahr von der russischen Duma einstimmig verabschiedeten Gesetz gegen die Propaganda nicht traditioneller sexueller Beziehungen vor Minderjährigen zu Pädophilen erklärt. Präsident Putin hat im Januar dieses Jahres gesagt, Schwule seien bei Olympia willkommen, aber sie müssten nur die Kinder in Ruhe lassen. Ein Skandal!

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Der stellvertretende russische Ministerpräsident Dimitri Kosak hat dies vor ein paar Tagen wiederholt. Da hätte ich mir sowohl von deutscher als auch von internationaler Seite mehr Druck gewünscht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Auch die Bundesregierung ist in der Pflicht. Der Innenminister ist der Ansicht, Olympische Spiele seien der falsche Ort, um auf Menschen- und Bürgerrechtsstandards bei Sportgroßveranstaltungen zu drängen. Das waren seine Worte gestern im Sportausschuss.

(Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Stimmt nicht!)

Herr Minister, die Olympischen Spiele sind genau der richtige Ort dafür.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Offenbar hat die Union kein Interesse an diesem Thema; denn ansonsten hätte sie unseren Antrag aus der letzten Wahlperiode zu diesem Thema nicht abzulehnen brauchen.

Sport und Politik sind untrennbar miteinander verbunden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Leider tut sich aber auch der Sport sehr schwer bei diesem Thema. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat sich letzte Woche auf der IOC-Vollversammlung in Sotschi gegen die Diskriminierung von LGBT gewandt. Er hat das nicht umsonst vor diesem wichtigen Gremium der internationalen Sportpolitik gesagt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Botschaft ist klar: Es liegt auch in der Verantwortung des Sports, auf Missstände hinzuweisen und dafür zu sorgen, dass die Werte der Olympischen Charta nicht nur auf dem Papier gelten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wie Sie wissen, fahren Teile unserer Fraktion nicht zu Olympia und zu den Paralympischen Spielen, weil wir für diese Putin-Spiele nicht zur Verfügung stehen.

(Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Das ist falsch!)

Solange nicht gewährleistet ist, dass wir uns mit kritischen Stimmen in Russland treffen können, macht eine Reise aus unserer Sicht in diesem Zeitraum keinen Sinn; denn die Menschen, die wir treffen möchten, bekommen gar keinen Zugang zum olympischen Gelände, sitzen im Gefängnis oder befinden sich im Exil.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Woher wissen Sie das?)

– Das haben wir heute beim parlamentarischen Frühstück, an dem einige Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben, bestätigt bekommen. (D)

Es ist zurzeit leider Realität: Nichtregierungsorganisationen sind potenzielle Spione, und Aktivistinnen und Aktivisten werden wie Kriminelle behandelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da das die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen anders sehen, bin ich sehr gespannt, was berichtet wird, wenn wir uns im Ausschuss zum Thema „Sotschi und die Menschenrechtslage“ unterrichten lassen.

Homophobie ist eine Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir müssen uns auch fragen, ob wir nicht in Deutschland mehr tun können. Man klopf sich auf die Schulter und ist stolz auf die Toleranz, wenn sich eine Sportlerin oder ein Sportler outet. Im Alltag wird aber immer noch viel zu wenig dagegen getan, wenn das Wort „schwul“ für alle möglichen Abwertungen gebraucht wird, übrigens nicht nur auf dem Sportplatz.

Im April 2011 gab es eine Anhörung im Sportausschuss zum Thema „Homophobie im Sport“. Eines der Ergebnisse war: Zu viele Sportlerinnen und Sportler werden in Deutschland noch immer frühzeitig ihre Karriere wegen ihrer sexuellen Identität. Das ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Monika Lazar

- (A) Wir müssen auch hinsichtlich der Programme der Bundesregierung und des Bundestages mehr tun. Es gibt zum Beispiel das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Da fehlt zum Beispiel das Thema Homophobie ganz. Auch im „Nationalen Konzept Sport und Sicherheit“ gibt es keinen ausdrücklichen Ansatz zur Prävention von Homophobie. Hier muss auch die Bundesregierung endlich den Handlungsbedarf erkennen. Auch deshalb legen wir unseren Antrag heute zur Sofortabstimmung vor. Wir wollen ihn jetzt verabschieden, während die Weltöffentlichkeit nach Sotschi schaut. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu, und setzen Sie so ein Zeichen gegen Homophobie in Deutschland, in Russland und in all den anderen Ländern.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Eberhard Gienger, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eberhard Gienger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU/CSU-Fraktion spricht sich gegen jegliche Form von Diskriminierung aus, sei es aufgrund sexueller Orientierung, Herkunft, ethnischer Wurzeln, religiöser Überzeugung oder auch politischer Einstellung. Homophobie, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus treten wir ganz entschlossen entgegen, sei es im Sport oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

- (B) Wie die vielen Initiativen des Deutschen Fußball-Bundes oder auch des Deutschen Olympischen Sportbundes zeigen, trägt der Sport maßgeblich zu Toleranz, Fairness, aber auch gegenseitiger Achtung bei. Dies gilt für den Breitensport genauso wie für den Spitzensport. Die deutsche Olympiamannschaft steht bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Russland dahin gehend für ein erfolgreiches, für ein offenes und auch für ein freizügiges Land.

Bei dem Antrag der Grünen hat mich allerdings sehr überrascht, dass sie eine inhaltliche Befassung des Sportausschusses offensichtlich ablehnen. Über den Antrag soll stattdessen sofort abgestimmt werden, ohne dass man sich damit im Ausschuss tiefergreifend beschäftigen kann.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht ja um Sotschi! – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Thema ist ja nicht neu!)

Das angestrebte Vorgehen der Grünen spricht hier für sich. Man gewinnt offenbar den Eindruck – das wundert mich bei den Grünen ohnehin –, dass man fast scheut, eine inhaltliche Diskussion darüber zu suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, wir haben genug geredet!)

Man versucht stattdessen, sich mit einem Scheinantrag in eine besondere Position zu rücken. Die Ernsthaftigkeit Ihrer Initiative geht mir dabei völlig verloren. (C)

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie mal zum Inhalt!)

Dabei ist dieses Thema auf der Tagesordnung. Es ist wichtig, und es ist so weitreichend, dass man eine Befassung im Ausschuss eigentlich durchführen sollte.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Legen Sie doch was Besseres vor!)

Ich darf sagen: Auch die vielen Fehler in Ihrem Antrag zeigen zudem, wie komplex die ganze Sachlage wirklich ist, insbesondere dann, wenn man noch die internationale Ebene heranzieht. Aber lieber bringen die Grünen in Deutschland einen Scheinantrag ein, als sich in Russland für die Verbesserung der Situation direkt einzusetzen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was tun Sie denn? Sie sind in der Regierung! Handeln Sie doch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, niemand hält Sie davon ab, nach Sotschi zu reisen und dort Ihre Kritik anzubringen.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie in diesen Wochen in Sotschi?)

Ihr vorgetäushtes Interesse wird der Bedeutung von Menschen- und Bürgerrechten nicht gerecht. Durch diesen Scheinantrag verspielen Sie, zumindest bei mir, Ihre Glaubwürdigkeit. Sie fordern die Bundesregierung in Ihrem Antrag auf, die Lage vor Ort zu beobachten und sich durch politische Gespräche sowie durch diplomatisches Geschick für Menschenrechte einzusetzen. Was machen Sie aber selber? Von Ihren Möglichkeiten machen Sie keinen Gebrauch. Wie passt das zusammen? (D)

Zudem läuft Ihr Antrag der Wirklichkeit hinterher. Ich möchte an dieser Stelle nur wenige Beispiele nennen. Im Bereich Diversity verfügen der DOSB und der DFB über Mitarbeiterstellen, die genau dieses Thema, nämlich Homophobie, bearbeiten. Derzeit wird vom DOSB ein neues Fortbildungsmodul entwickelt, um in der Breite die Vereine für dieses Thema zu sensibilisieren. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld wird sich zudem ab Mai 2014 mit dieser Thematik beschäftigen. Schließlich spricht sich der DFB in seiner Berliner Erklärung eindeutig gegen jegliche Form der Diskriminierung aus. Er hat sich dadurch auch eine wunderbare Handreichung erarbeitet.

Auch im internationalen Feld engagiert man sich vorbildlich. Ich finde, der DOSB hat sich bereits weit vor den Olympischen Spielen mit Human Rights Watch und auch mit dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland zusammengetan. Er hat sich auch hier klar positioniert und ist mit seinen Athletinnen und Athleten in einen Dialog getreten.

Außerdem hat sich die Bundesregierung hier ebenfalls klar positioniert. Auf der UNESCO-Weltsporthi-